

1.

„Die Evangelische Kirche H.B. in Österreich setzt die Reformation fort, die mit Zwingli, Luther und Calvin begonnen wurde, und sie stellt Übereinstimmung mit ihrer kirchlichen Tradition fest, daß die Ordnung der Kirche Ausdruck des Bekenntnisses ist. Das Bekenntnis beruht nicht nur auf einmal niedergelegten Urkunden, sondern muß in den jeweiligen Herausforderungen der Zeit an der Heiligen Schrift geprüft werden und sich vor ihr immer neu bewähren.“ (GE 1996/ Präambel)

Die Kirche Jesu Christi ist die Gemeinschaft von Menschen, die sich von Gott zum Glauben an Jesus Christus und zur Bezeugung des Evangeliums in der Welt berufen wissen. Das Kennzeichen unserer Kirche, die sich der ständigen Reformation verpflichtet fühlt, ist: die Verkündigung des Wortes Gottes, die Verwaltung der Sakramente, die Diakonie und die Gestaltung von kirchlichen Ordnungen, die Verantwortung für die Welt verlangen. (GE 1996/1)

„Wir sehen in der gegenwärtigen politischen Situation eine Herausforderung, der sich die Kirche nicht verschließen darf. Kirche soll sich nicht in parteipolitische Konflikte einmischen oder gar parteipolitisch agieren, sie darf sich aber auch nicht davor drücken, evangelische, christliche Positionen einzunehmen, die ihr als parteipolitisch ausgelegt werden können.“

- a.) Unsere Kompetenz geht auf die Grundlagen der Reformation zurück: Zwingli – Reformator von Kirche und Gesellschaft, Calvin – einer der Väter der europäischen Demokratie.
- b.) Kennzeichen unserer Kirche ist es, Verantwortung in der Welt zu übernehmen, Herausforderungen anzunehmen. Die Ausbreitung rechtsextremer Politik und einschlägigen Gedankengutes stellt eine Gefahr für die Entwicklung Europas dar. Die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei in Österreich ist daher eine Gefahr nach innen und außen.
- c.) Gleichzeitig „Österreich zuerst“ zu rufen und sich zu den Grundsätzen der EU zu bekennen widerspricht einander. Sich hier aus einer Bewertung herauszuhalten hat nichts mit Neutralität zu tun. Wir sind verpflichtet auf diese Diskrepanz hinzuweisen!

2.

„Jesus Christus hat eine Gemeinschaft von Schwestern und Brüdern mit gleichen Rechten und Pflichten gestiftet. Darum hat die Kirche in ihrer Ordnung und in ihrem Handeln die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten und für sie einzutreten. Niemand darf wegen seiner Herkunft oder seines Geschlechtes benachteiligt werden.“ (GE 1996/2)

- a) Frauen und Männer sind in unserer Gesellschaft grundsätzlich gleichgestellt. Durch entsprechende Gesetze ist die Gleichstellung gesichert. Tatsächlich sind jedoch Frauen – ob in Politik, Wissenschaft oder Kultur – wesentlich seltener in einflußreichen Positionen. Um diese echte Gleichberechtigung zu erreichen, ist es notwendig Frauen auf verschiedenen Ebenen zu fördern.
- b) Die Streichung des Frauenministeriums und die Eingliederung von Frauenangelegenheiten ins Sozialministerium scheinen jedoch zu signalisieren, daß Frauen für den Staat in erster Linie über ihr „Frau und Mutter – Sein“ definiert werden. Frauen und Männer sollten in allen Bereichen der Gesellschaft die gleichen Möglichkeiten haben.
- c) Die drohende Schließung von Frauenberatungsstellen und ein geringeres Budget für Frauenberatungsstellen signalisieren, daß unter der neuen Regierung traditionelle Werte über das Selbstbestimmungsrecht jedes und jeder einzelnen gestellt werden könnten.

3.

„Aus dem Hören auf die Predigt des Evangeliums ergibt sich für Christen ein neuer Stil des Umganges miteinander, der durch geduldiges Hören aufeinander und insbesondere durch Rücksichtnahme auf Schwächere und Minderheiten gekennzeichnet ist.“
(GE 1996/2)

- a.) Glauben profiliert sich im Umgang miteinander. Dabei gebührt den Schwachen und den Minderheiten besondere Rücksichtnahme. Das geduldige Hören auf die Stimme der Betroffenen ist uns besonders wichtig.
- b.) Mit Sorge wird die Behandlung von Asylwerbern und der Umgang mit ausländischen Minderheiten in Österreich beobachtet. Wir betonen, daß auch die Kirchen nicht für eine totale Öffnung der Grenzen eintreten, weisen aber darauf hin, daß Österreich als eines der reichsten Länder der Erde eine Verpflichtung den Armen gegenüber hat – vorrangig für Menschen aus der „Dritten Welt“.

4.

„Der ganzen Gemeinde ist das prophetische Amt aufgetragen. Sie ist verpflichtet, die aktuelle politische, soziale und kulturelle Situation zu analysieren und aus dieser Analyse ihr konkretes Sprechen und Handeln zu entwickeln. Sie ist bereit, die Zukunft mitzugestalten, und ist sich auch bewußt, damit Konflikte zu riskieren.“ (GE 1996/6)

- a.) Das prophetische Amt der Kirche ist , die Gerechtigkeit Gottes zu verkündigen. Es ist unsere Pflicht gegen Vorurteile und Vorverurteilungen aufzutreten. Christen riskieren auch Konflikte.
- b.) Propheten sind niemals Populisten. Es ist wesentlich einfacher, den Weg der Kritiklosigkeit zu gehen und über flotte Sprüche zu lachen, als den Weg der Analyse einzuschlagen, die den Finger auf die Wunden durch die wahren Verfehlungen der Gesellschaft zu legen.
- c.) Schadenstiftendes Reden muß angeprangert werden, egal ob es vom kleinen Parteimitglied oder vom Spitzenmandatar ausgeführt wird. Auch scheinbare Entschuldigungen sind als demagogische Aktionen zu entlarven.
- d.) Wir verwehren uns dagegen, daß man Kirche versucht vorzuschreiben, was ihr Auftrag sei und wie sie diesen auszuführen habe. Wir verwehren uns auch dagegen, daß demokratische Grundrechte, wie das Demonstrationsrecht, in ein schiefes Licht gerückt werden.
- e.) Das Schweigen der Bundesregierung zum kritischen Agieren der lutherischen Superintendentin Knoll signalisiert, daß sie die Rolle der Kirchen im demokratischen Staat – Mitarbeit und prophetisch-politische Kritik – noch nicht als Bringschuld annimmt.

5.

„Weil Christus sich eindeutig auf die Seite der Erniedrigten und Beladenen gestellt hat, ist die ganze Gemeinde verpflichtet, die aktuelle politische, soziale und kulturelle Situation zu analysieren und aus dieser Analyse konkretes Sprechen und Handeln zu entwickeln. Sie ist bereit, die Zukunft mitzugestalten, und ist sich bewußt, damit Konflikte zu riskieren.“

- a.) Christ sein heißt eindeutig Partei ergreifen für die Schwächeren in der Gesellschaft, speziell für Minderheiten und Randgruppen. Wir lehnen es ab, Entscheidungen und Entwicklungen zu akzeptieren, die gegen genau solche Gruppen gerichtet sind. Darüber hinaus verurteilen wir alle Aussagen, die bei den Betroffenen Sorgen und Ängste wecken und ein Gefühl der Unsicherheit erzeugen.
- b.) Eine Kirche, die dem Grundsatz „semper reformanda“ folgt, kann keine gesellschaftliche Entwicklung als „unveränderlich“ akzeptieren. Wir wissen nicht, ob die anderen Völker die prophetisch-politische Kritik der biblischen Propheten angenommen haben, aber wir Österreicher und Österreicherinnen tun gut daran, die besorgte Kritik jener Länder, mit denen wir traditionell verbunden sind, ernst zu nehmen. Oft genug in der Geschichte wurde den Kirchen ihr Schweigen vorgeworfen.

Wir müssen daher klar aussprechen, welche Tendenzen in der Politik für uns – und Europa – bedrohlich sind.

- c.) Eine deutliche Sprache riskiert Konflikte, auch in den eigenen Reihen. Die Erklärung von Barmen war in den eigenen Kirchen auch nicht unumstritten und hat polarisiert. Sie gilt heute als prophetische Stimme in einer Zeit, da es gefährlich war, in dieser Weise zu reden. Wir als Kirche in Österreich brauchen keine Unterdrückung und Auslöschung fürchten. Umsomehr sind wir verpflichtet, den Kräften entgegenzutreten, die den Rechtsextremismus in Europa salonfähig machen wollen und einer Verharmlosung dieser Politik Tür und Tor öffnen. Gegebenenfalls sind wir als Kirche verpflichtet, berechnete Proteste gegen Ungerechtigkeit zu unterstützen.

6.

„Unsere Kirche ist seit 1884 Mitglied des Reformierten Weltbundes (RWB) geworden. Auch heute sind wir bereit, von den Kirchen unserer Konfessionsfamilie zu lernen und lassen uns zur aktiven Solidarität mit allen Menschen ermutigen.“ (GE 1996/16)

- a.) Der Reformierte Weltbund ist eine der ältesten konfessionellen Weltfamilien. Unsere aktive Mitgliedschaft verpflichtet uns, dieser Weltfamilie zur aktuellen Situation Rechenschaft zu leisten. Dabei ist es auch für uns wichtig, Kritik anzunehmen zu können.
- b.) Wir wehren uns aber gegen einseitige Darstellungen und Pauschalurteile über Österreich, wie sie seit einiger Zeit über Medien weltweit transportiert werden. Wir wünschen uns vielmehr gemeinsam mit den Kirchen des RWB gegen gefährliche Entwicklungen im politischen Kontext Europas aufzutreten und in einem ungeteilten Europa unsere Zukunft gemeinsam zu entwickeln. Die Sorge über eine zunehmende Entwicklung rechtsradikaler Kräfte in Europa sollte uns mit unseren ausländischen Partnerkirchen verbinden, friedensbildende Prozesse einzuleiten und bereits bestehende zu fördern.
- c.) Österreich ist nicht der einzige Staat Europas, in dem rechtspopulistische Parteien agieren. Daß eine Partei dieses Spektrums Regierungspartei werden kann ist eine Entwicklung, vor der auch andere Staaten der EU nicht gefeit sind.